14. Wahlperiode 14. 05. 2002

Antrag

der Abgeordneten Markus Meckel, Eckhardt Barthel (Berlin), Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Dr. Angelica Schwall-Düren, Wieland Sorge, Ludwig Stiegler, Dieter Wiefelspütz, Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Dr. Antje Vollmer, Dr. Helmut Lippelt, Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDINS 90/DIE GRÜNEN

Für ein europäisch ausgerichtetes Zentrum gegen Vertreibungen

Der Bundestag wolle beschließen:

- 1. Der Deutsche Bundestag spricht sich dafür aus, einen europäischen Dialog über die Errichtung eines europäischen Zentrums gegen Vertreibungen zu beginnen. Ein solches Zentrum als Dokumentations- und Begegnungszentrum mit Forschungsstätte soll die Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts in ihren verschiedenen Ursachen, Kontexten und Folgen, darunter die Vertreibung der Deutschen, dokumentieren. Die Betroffenen sollten ihr Schicksal und Leid in dieser Dokumentation wiedererkennen können und gleichzeitig das der Vertriebenen anderer Völker sehen. So wird ein solches Projekt ein Ort der Erinnerung und zugleich Mahnmal dafür sein, dass wir als Deutsche und Europäer alles dafür tun müssen, um solches Leid in Zukunft zu verhindern.
- 2. Ein solches Projekt ist eine europäische Aufgabe. An der Ausarbeitung sollten Persönlichkeiten aus Deutschland und anderen europäischen Ländern, die in ihrer Geschichte von Vertreibungen betroffen waren oder sind, beteiligt werden. Andere europäische Partner werden eingeladen sich an diesem Projekt zu beteiligen.
- 3. Die vom Haus der Geschichte in Bonn begonnenen Vorarbeiten für eine Ausstellung über die Vertreibung der Deutschen sollen in den Dialog über die Konzeption des künftigen Zentrums einfließen.

Berlin, den 14. Mai 2002

Dr. Peter Struck und Fraktion Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion

